

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Pfeilerbüchsen“ und „Allgemeine Winzer-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
: (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) :
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 15 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Estienne in Oestrich und Eltville.

Fernsprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 16

Dienstag, den 5. Februar 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung
gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über den vaterländischen
Hilfsdienst.

Helfer für die Etappe!

In dem gewaltigen, von unserem Heere besetzten feindlichen
Gebiet, werden zur Verwendung bei Militärbehörden noch zahl-
reiche Hilfskräfte benötigt. Das Interesse des Vaterlandes ver-
langt, daß taugliche und entbehrliche Kräfte der Heimat sich zu
diesem Etappenbediensteten zur Verfügung stellen. Zahlreiche Kriegsver-
wendungsfähige Militärpersonen müssen im besetzten Gebiet noch
für den Dienst an der Front freigegeben werden.

Die Lebensbedingungen im besetzten Gebiet sind durchaus
günstig. Gute Entlohnung und reichliche Verpflegung werden ge-
währt. Und was bedeutet die Notwendigkeit, sich in fremde Ver-
hältnisse einzugeben, gegenüber dem Wagnis von Opfern und
Entbehrungen, das unsere Krieger seit Jahren ertragen!

Männliche Hilfskräfte jeden Alters, auch Jugendliche, können,
wenn sie geeignet befunden werden, Beschäftigung im besetzten Ge-
biet im Westen finden und zwar für Gerichtsdiens, Post- und
Telegraphendienst, Feldpostdienst, Technischen und Eisenbahndienst, als
Küchen, Bäcker, Schlächter, Handwerker jeder Art oder als Hilfs-
schreiber, sowie im Sicherheitsdienst (Wachschutz, Gefangenens- und
Gefängnisbewachung).

Personen mit fremdsprachlichen und slawischen Sprachkenntnissen
werden besonders berücksichtigt.

Wehrpflichtige können nicht angenommen werden, mit Aus-
nahme der 50%, oder mehr erwerbsfähigen Kriegsbefähigten.

Als Entgelt wird gewährt:

Freie Verpflegung oder Geldentschädigung für Selbstverpflegung,
freie Unterkunft, freie Eisenbahnfahrt zum Bestimmungsort und
zurück, freie Benutzung der Feldpost, freie ärztliche und Lazarett-
behandlung, sowie angemessener Dienstlohn.

Bis zur endgültigen Ueberweisung an eine bestimmte Bedarfs-
stelle wird ein „vorläufiger Dienstvertrag“ geschlossen. Die en-
gültige Höhe des Lohnes oder Gehaltes, kann erst im Anstellungsver-
trag festgesetzt werden. Die Arbeit richtet sich nach Art und
Dauer der Arbeit, sowie der Leistungsfähigkeit des Betreffenden.
Eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert. Falls Bedürftigkeit
vorliegt, werden außerdem Zulagen für die in der Heimat zu ver-
sorgenden Familienangehörigen gewährt.

Die Versorgung derjenigen, die eine Kriegsdienstbeschädigung
erlitten, ist besonders geregelt.

Meldungen nimmt entgegen für den Landwehr-Bezirk Wiesbaden
Einberufungs- und Schlichtungsausschuss Wiesbaden, Arbeitsamt,
Dohlemerstr. 1, Zimmer 12.

Dabei sind vorzulegen: Etwaige Militärpapiere, Beschäftigungs-
ausweis oder Arbeitspapiere, erforderlichenfalls Abtheilungsschein. Es
ist anzugeben, wann der Bewerber die Beschäftigung antreten
kann. Eine vorläufige Untersuchung erfolgt kostenlos bei dem Be-
zirkskommando. Jeder Bewerber hat sich den erforderlichen Schut-
zimpfungen zu unterziehen.

Kriegsamtstelle Frankfurt a. M.

Verordnung,

über die Verarbeitung von Gemüse und Obst.

Vom 23. Januar 1918.

(Schluß.)

§ 6

Im Sinne dieser Verordnung gelten

1. als Gemüsekonserven: konservierte Gemüse in luftdicht
und nicht luftdicht verschlossenen Behältnissen mit Aus-
nahme von Sauerkraut und konservierten Gurken aller
Art;
2. als Sauerkraut: die aus eingeschnittenem Weißkohl und
eingeschütteten Rüben aller Art, nach Einsalzen durch
Gärung gewonnenen Erzeugnisse;
3. als Obstgemüse: künstlich getrocknete Gemüse sowie da-
raus hergestellte Gemüsemehle und Gemüsepulver;
4. als Obstkonferve: Kompottfrüchte, Dinkhohl, Obstmus,
Obstmark, Belegfrüchte, kandierte Früchte, Gelees, Frucht-
säfte, Fruchtstücken, Obstkräut, Dörrobst und Marmela-
den, die aus Obst oder unter Zusatz von Obst oder
Fruchtsäften hergestellt sind;
5. als Obstwein: Most und Weine aus Obst, außer aus
Weintrauben, sowie Wein aus Ahabarber.

Halbfabrikate stehen den Enderzeugnissen gleich.
Bei Streitigkeiten darüber, zu welcher Gruppe ein Erzeugnis
gehört, entscheidet die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwal-
tungsabteilung endgültig.

§ 7

Die Vorschriften dieser Verordnung finden, vorbehaltlich der
Vorschrift der im § 2 Abs. 1 Satz 3, keine Anwendung:

1. auf Personen, die Gemüse nur für den Verbrauch im
eigenen Haushalt verarbeiten;
2. auf Personen, die Gemüsekonserven in nicht luftdicht
verschlossenen Behältnissen oder Sauerkraut oder kon-
servierte Gurken herstellen, wenn ihre Jahreserzeugung
nicht mehr als je 10 Doppelzentner beträgt;
3. auf nicht gewerbmäßige Hersteller von Obstkonferven,
wenn sie im Jahre nicht mehr als zwanzig Doppelzentner
herstellen, sowie auf nicht gewerbmäßige Hersteller von
Obstwein, wenn sie im Jahre nicht mehr als dreißig
Doppelzentner Rohstoffe verarbeiten.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten
Behörden können auf Antrag für Hersteller von Obstwein die im
Abs. 1 Nr. 3 bezeichnete Höchstmenge bis zu einhundertfünfzig
Doppelzentner erhöhen. Die zuständige Behörde hat der Reichs-
stelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung, O. m. b. H. in
Berlin von der Erhöhung unverzüglich Mitteilung zu machen.

Wird Obst oder Ahabarber einem anderen mit der Maßgabe
zur Verfügung gestellt, daß dieser sie zu Obstwein verarbeitet und
den Obstwein demnach auf den Auftraggeber abliefern, so gilt
der Auftraggeber als Hersteller.

§ 8

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung,
kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 9

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis
zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den auf Grund des § 1 erlassenen Bestimmungen
der Reichsstelle für Gemüse und Obst zuwiderhandelt;
2. wer die im § 2 Abs. 2 genannten Erzeugnisse ohne die
erforderliche Genehmigung oder zu höheren als den fest-
gesetzten Preisen absetzt;
3. wer der Vorschrift im § 3 zuwider Gemüse oder Obst
ohne die erforderliche Genehmigung erwirbt;
4. wer eine nach § 4 verlangte Auskunft nicht in der fest-
gesetzten Frist erteilt oder wesentlich unvollständige oder
unrichtige Angaben macht.

Neben der Strafe kann in den Fällen der Nummer 1 bis 3
auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die straf-
bare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter ge-
hört oder nicht.

§ 10

Diese Verordnung tritt mit dem 27. Januar 1918 in Kraft.
Mit dem gleichen Zeitpunkt treten die Verordnung über die Ver-
arbeitung von Gemüse vom 5. August 1916 und die Verordnung
über die Verarbeitung von Obst vom 5. August 1916 und 24.
August 1917 (RGBl. 1916 S. 914, 911; 1917 S. 729) außer Kraft.
Die auf Grund dieser Verordnungen erlassenen Bestimmungen
der Reichsstelle für Gemüse und Obst und der Kriegsgesellschaften
bleiben bis zur Aufhebung oder Abänderung durch die zuständige
Stelle in Kraft. Zuwiderhandlungen gegen sie werden nach § 9
dieser Verordnung bestraft.

Berlin, den 23. Januar 1918.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.
v. Waldow.

Doppelspiel.

Mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit hält Volkskommissar
Trotski an den Methoden fest, mit denen er das hohe
Spiel von Drest-Litowsk zu gewinnen hofft. Zunächst
heißt es einmal: Zeit gewinnen, damit sich inzwischen
die Dinge in Rußland sowohl wie in den feindlichen
Ländern so entwickeln können, wie es seinen politischen
Bedürfnissen entspricht. Eine Woche sitzen die Unter-
händler nun schon wieder beisammen, und nichts, rein
gar nichts ist in den bisherigen Besprechungen erreicht
worden. Zu Bergen häufen sich vielmehr die
„Vorfragen“, die Trotski immer wieder von neuem
aufzuschieben versteht, und es läßt sich gar nicht
absehen, wann endlich man über sie hinweg zu den
eigentlichen Friedensfragen vordringen wird. Wo die
Verhandlungen einen glatten Verlauf zu nehmen schienen,
wie mit der Ukraine, wird rasch für einen hässlichen
Gegenwechsel geforgt, die bürgerliche Republik durch
einen kleinen Bürgerkrieg aus der Welt geschafft und durch
einen reinen Arbeiterstaat ersetzt — und nun kann das
Spiel wieder von vorn beginnen. Die Revolutionierung
der Randstaaten in der einen, die Wahrnehmung ihrer
Interessen beim Friedensschluß durch Aufnahme besonderer
Delegierten in den Kreis der großrussischen Unterhändler
in der andern Hand: so kann Herr Trotski es noch eine
ganze Weile aushalten am Verhandlungstisch von Drest-
Litowsk. Bei diesem Doppelspiel müssen, so meint er,
die Mittelmächte die Leidtragenden sein.

Staatssekretär v. Kühlmann und Graf Czernin
werden darüber wohl anderer Ansicht sein. Sie wissen
sehr gut, daß nicht nur das Friedensbedürfnis ihrer eigenen
Völker die Zusammenkunft im Hauptquartier von Ober-
Ost ermöglicht hat. Auch das russische Volk will den
Frieden; es will ihn so sehr und so unbedingt, daß
Trotski die Verhandlungen nicht scheitern lassen darf,
wenn anders ihm sein Leben lieb ist. Auch die Fort-
dauer des Regiments, das er im Verein mit Lenin in
Petersburg aufgerichtet hat, ist unzweifelhaft von einem
baldigen Friedensschluß mit den Mittelmächten ab-
hängig, denn ehe dieses Ziel nicht erreicht ist, wird es
auch im Innern des Landes keine Ruhe geben, und ehe
diese nicht gesichert ist, kann die ungeheure Wirnis
der ganzen Lebensverhältnisse nicht gelöst werden,
die das schon genug gequälte russische Volk vollends
in den Abgrund zu ziehen droht. Also den Winkel-
zügen derer um Trotski sind gewisse Grenzen gesetzt, und
wenn die Herren nicht bald einzulenkten beginnen, werden
unsere Unterhändler ihnen zu bedenken wissen, daß sie
Wichtigeres zu tun haben als sinn- und zwecklose Wort-
gefechte endlos fortzuführen. Schon jetzt macht sich viel-
fach in der Heimat eine begriffliche Ungeduld bemerkbar;
wenn es nicht bald anders kommt, wird unfehlbar der
Abbruch der Verhandlungen gefordert werden, ganz abge-
sehen davon, daß schließlich Herr v. Kühlmann sowohl
wie Graf Czernin sich selbst für zu gut dafür halten werden,
um als Spielball für die Einfälle und Launen eines revolu-
tionären Emporkömmlings zu dienen. „Mehr Dampf,
meine Herren!“ hat einmal unser Kaiser seinen
Ministern zugerufen, als sie mit den Erwägungen und den
Vorbereitungen für irgendeine gesetzgeberische Maßnahme
nach Jahr und Tag noch immer nicht fertig werden
konnten. Dann ging es mit einem Male ganz rasch und
schmerzlos, die verschiedenen Ressorts waren plötzlich ein
Herz und eine Seele, und im Handumdrehen war die
Vorlage zustande gebracht. So wird es vielleicht auch
hier kommen, wenn die russischen Unterhändler nicht
von selbst Vernunft annehmen. Der Druck der
Heimat wird sich von Tag zu Tag mit stärkerer
Gewalt bemerkbar machen, und wenn Herr
Trotski gleichwohl sein umehrliches Doppelspiel fortsetzen

sollte, werden die Völker der Mittelmächte darauf bestehen,
daß ihm von uns aus ein Ende gemacht wird. Diplomatische
Langmut ist an und für sich eine schöne Sache, aber sie ist
von der russischen Delegation bisher schon in reichlichem
Maße in Anspruch genommen worden, und ihr offener
Mißbrauch zu unläuterer, ja zu direkt feindseligen Zwecken
wird vom deutschen Volke unter keinen Umständen ge-
duldet werden. Darin werden bei uns alle Parteien
wieder einig sein, so sehr jede von ihnen den Frieden
herbeiwünscht.

Der Dezember und der Januar sind fruchtlos verlan-
gen. Wir ab, ob der Februar uns weiterbringen wird.
Sollte er ebenso ergebnislos ablaufen wie seine Vor-
gänger, dann wissen wir, was wir zu tun haben.

Eine polnische Erklärung.

* Die polnische Regierung hat der Presse eine Er-
klärung gegeben, in der sie gegenüber den bolsche-
wistischen Angriffen, welche die Konfliktierung eines
polnischen Staates verneinen, den Willen der Nation als
den bei der Entstehung des polnischen Staates entscheidenden
Faktor unterstreicht und die Rolle der Zentralmächte als
Helfer hervorhebt. In der Erklärung, die sich auf das
Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker aufbaut,
stellt sich die Regierung entschieden auf den nationalen
Boden unter ausdrücklichem Hinweis auf die souveräne
Macht des Regimentsrats, von dem sie ihre Befugnisse
ableitet. Hieraus zieht sie den Schluß, daß die Regierung
als legitime Vertreterin der nationalen Interessen und
Anrechte als Friedensunterhändler vor dem internationalen
Forum erscheinen müsse, und als solche von den Krieg-
führenden und auch von den Neutralen respekt und formell
anerkannt werden müsse.

Vor einer Wendung im Osten.

Herr von Kühlmann und Graf Czernin in Berlin.

* Drest-Litowsk, 3. Febr. Staatssekretär von
Kühlmann und Minister des Aeußern Graf Czernin
begaben sich heute nachmittag mit Begleitung zu einem
kurzen Aufenthalt nach Berlin.

Ludendorff und Czernin.

* Berlin, 3. Febr. Zur Teilnahme an der Beratung
über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemein-
samen Interessengebiet Deutschlands und Oesterreich-Ungarns
werden, wie wir erfahren, morgen Staatssekretär
v. Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Luden-
dorff hier eintreffen. Auch der deutsche Botschafter in Wien,
Graf Welzel, wird zur Besprechung in Berlin erwartet.

Friede mit Rumänien?

Nach den meisten Berliner Abendblättern stehen die
augenblicklich in Berlin stattfindenden Verhandlungen zwischen
den maßgebenden militärischen und politischen Führern in
Zusammenhang mit den Verhandlungen mit unseren östlichen
Gegnern. Insbesondere dürfte auch die ukrainische Frage
behandelt werden. Weiter wird augenblicklich in der Reichs-
hauptstadt über die Verwendung des Restbetrages der ru-
mänischen Ernte verhandelt. Ueberdies verlautet, daß auch
die rumänische Frage seit einigen Tagen in ein neues
Stadium getreten sei. Man glaubt, daß die rumänische
Regierung, durch die Ereignisse der letzten Zeit eines besseren
belehrt, nunmehr entschlossen sei, aus ihrer hilflos ge-
wordenen Lage die Konsequenzen zu ziehen und dem Bei-
spiel der Räterada folgend, sich von Rußland und seinen
Bundesgenossen loszulösen. Die Lage an der Ostfront gibt,
wie aus den letzten Nachrichten hervorgeht, den russischen
Vertretern in Drest-Litowsk keineswegs die Berechtigung,
sich gegenüber den Vertretern der ukrainischen Zentralrada
anmaßend zu benehmen. Zunächst ist nämlich festzustellen,
daß die Ukrainer an der Bahn von Kowel den Bolschewiki-
truppen eine Niederlage beibrachten und nach einem ferneren
Waffenbesitz auch Nikolajew in Händen haben. Außerdem
ist kaum daran zu zweifeln, daß sich die Truppen der
ukrainischen Republik in ihrer Gesamtheit auf die Seite der
Zentralrada gestellt haben. Die Bolschewiki konnten ihrer-
seits die Oberhand in Poltawa, Chacow, Jelatarnislaw
und Odessa gewinnen. Auch Sewastopol und die Schwarz-
meerflotte sollen sich zu ihnen bekannt haben.

Aussichtslosigkeit der Verhandlungen in Drest-Litowsk.

Ueber die Aussichten der Verhandlungen in Drest-Litowsk
äußerte sich gestern Abend die „Voss. Zig.“: Die Verhand-
lungen von Drest-Litowsk dauern zwar noch an, aber auch
die Samstagsitzung, in der über den Charakter Polens als
eines unabhängigen Staates und über seine Vertretung in
Drest-Litowsk gestritten wurde, zeigt wiederum, daß die
Delegierten selbst kaum mehr auf ein erprießliches Ende
der Verhandlungen hoffen. Immer deutlicher scheint es zu
werden, daß die Verhandlungen, von ihrem ursprünglichen
Gesichtspunkt aus gesehen, nämlich der Annäherung eines
Friedens mit dem gesunkenen Rußland, zum Scheitern be-
stimmt sind. An die Stelle dieses Zieles sollen Abmachungen
der Mittelmächte mit den einzelnen bisher russischen Ge-
bieten treten, deren staatliche Selbständigkeit anerkannt werden

fol. Das eigentliche Kerngebiet, jetzt „Nordrußland“ genannt, soll davon unberührt bleiben. Wir glauben deshalb, daß die Entscheidung über das Einschlagen dieses neuen Kurses ganz unmittelbar bevorsteht und leiten daraus die Wichtigkeit der Berliner Beratungen ab, an denen General Ludendorff, Staatssekretär von Kühlmann, Graf Czernin und der deutsche Botschafter in Wien, Graf Welzel, teilnehmen werden.

Ein Fäher?

* Berlin, 4. Febr. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Neapel: In gewissen politischen Kreisen wird erklärt, daß für den Fall des Zustandekommens einer Aussprache zwischen Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten von Oesterreich-Seite wahrscheinlich der Hofrat Lamassy, der berühmte Völkerrechtler, der ehemalige Vertreter Oesterreich-Ungarns auf dem Haager Kongress, bevollmächtigt werden wird. Hofrat Lamassy, der ein eifriger Pazifist ist, genießt das besondere Vertrauen des Kaisers von Oesterreich und steht bei den führenden Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten in gutem Ruf.

Denkt Frankreich an Frieden?

* Karlsruhe, 4. Febr. Die „Süddeutsche Post“ meldet: Einer Reihe von Munitionsfabriken im Schweizer Jura sind von Frankreich die Munitionsbestellungen zum 1. März neuerdings gekündigt worden. Da in Frankreich selber Munitionsfabriken den Betrieb einstellen — in Marseille eine solche mit 1500 Arbeitern — so nimmt man an, daß Frankreich nunmehr auch mit einem baldigen Kriegsschluß rechnet.

Nord Vansdownes Frieden.

* Einer Abordnung von Schriftstellern gegenüber hat sich Vansdowne erneut über den Frieden geäußert. Er sagte u. a.: Ich glaube, daß wir alle bereit sind, diesen schrecklichen Krieg so lange fortzusetzen, bis wir einen klaren Frieden bekommen können. Aber wir wünschen, daß keine Gelegenheit verfliehe, diesen Frieden näher zu bringen. Wir müssen versuchen, einen ernsthaften dauernden Frieden zur richtigen Zeit zu erreichen. Der einzige Weg dazu sei die Vereinigung aller Mächte, keine Vereinigung einer Gruppe gegen eine andere Gruppe, dahingehend, jeden internationalen Streit einer Art internationalen Gerichtshof zu überweisen und gegen alle verbrecherischen widerspenstigen Teilhaber Zwang anzuwenden. Die Teilnahme Deutschlands an einem solchen Überkommen würde die Verneinung des preussischen Militarismus bedeuten.

* Rotterdam, 2. Febr. Das frühere Kabinettsmitglied Arbeiterführer Venderhorst veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich gegen die Politik erklärt, Friedensverhandlungen durch Streikdrohungen zu erzwingen.

Kriegsziele Bulgariens.

* In der Sobranje hielt Ministerpräsident Radoslawow eine längere Rede über die Kriegsziele Bulgariens und dessen Teilnahme an den Friedensverhandlungen mit Rußland. Er betonte, die nationale Einheit sei Bulgariens einziges Kriegsziel. Bulgarien rechne also mit dem Anschluß der Dobrudscha, des Morawlandes und Mazedoniens an das Mutterland und stehe keineswegs im Widerspruch zu der Friedensformel: „Keine gewaltsamen Gebietsveränderungen und freies Selbstbestimmungsrecht der Völker“; denn die Bevölkerung der erwähnten Gegenden hat schon zu wiederholten Malen ihr bulgarisches Volkstum sowie den Willen bekundet, ihre Nationalität zu bewahren. Radoslawow hob ferner hervor, daß Bulgariens Kriegsziele die Billigung der verbündeten Mächte gefunden hätten.

Troßki gegen Rumänien.

Im Zeichen der Anarchie.

Volkskommissar Troßki erklärte in einem Pressegespräch, daß die russische Republik den Rumänen nicht den Krieg erklärt habe, denn Rußland führe keinen Krieg gegen die rumänischen Arbeiter.

Wir führen nur Bürgerkrieg gegen die rumänischen Generale und Bourgeoisie, die den Krieg erklärt haben. Es soll eine demokratische rumänische Regierung sein, jeder denkbare moralischen und materiellen Unterstützung Rußlands ins Leben gerufen werden. Wir werden die Regierung mit Geld aus dem in Moskau beschlagnahmten rumänischen Fonds versehen. Mit der alten rumänischen Regierung wird ohne Rücksicht verfahren werden.

Wir sympathisieren mit den rumänischen Demokraten in Rußland, aber wir behandeln die Vertreter der rumänischen Bourgeoisie als Feind, wenn die rumänischen Generale mit dem Aufmarsch ihrer Truppen fortfahren.

Die Bürgerkämpfe in Finnland.

Die Schwierigkeiten der neuen maximalistischen Regierung in Finnland nehmen infolge des Generalausstandes täglich zu. Im Hafen von Vammö liegen fünf russische Kriegsschiffe im Eise festgefroren. Sie beschließen die Stadt, die von bürgerlichen Truppen besetzt ist. Da der Proviant auf den Kriegsschiffen erschöpft ist, sandten sie Unterhändler an Land, um über den Frieden zu verhandeln. In Helsingfors traf die Nachricht ein, daß die Russen die Alandsinseln geräumt hätten.

Schreckenstaten in Sibirien.

Nach übereinstimmenden Nachrichten russischer und neutraler Blätter üben die Maximalisten in Finnland eine wahre Schreckensherrschaft. Die große sibirische Handelsstadt Jekit, in der alljährlich eine vielbesuchte Messe stattfindet, wurde von dort stationierten Truppenteilen so gut wie ganz zerstört. Das Handelsquartier wurde niedergebrannt. Auch in anderen sibirischen Städten sollen die Maximalisten ähnliche Schreckenstaten verübt haben.

Schweden greift nicht ein.

Entgegen den umlaufenden Meldungen über ein beabsichtigtes Eingreifen Schwedens in Finnland glaubt man in unterrichteten Kreisen, daß die schwedische Regierung ihre Neutralität aufrechterhalten werde und den Schwand ihrer bedrohten Staatsangehörigen in Finnland in anderer Weise sicherzustellen suchen wird.

Die Auflösung der 12. Armee.

Stockholm, 4. Febr. „Nytid“ teilt mit: In Petersburg traf ein sozialistisches Komitee der 12. Armee ein, welches mitteilte, daß im Frontabschnitt der Armee 50 Prozent der Truppen desertiert seien. Die schwere Artillerie habe nur durch Hinzuziehung von Arbeitern in Sicherheit gebracht werden können.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 2. Februar.
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wachsende Artillerietätigkeit im Westen.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 3. Februar.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der flandrischen Front kam es am Nachmittag zwischen dem Douthouster Walde und der Lys zu lebhaften Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuerstätigkeit zeitweilig auf. Bei Ronchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz u. Herzog Albrecht. Am Dile-Nine-Kanal liegen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Längs der Ailette, im Abschnitt von Reims, auf den Maasbögen und am Hartmannswillerkopf vielfach Artillerietätigkeit. Am Infanterie brachte von Erkundungen auf dem Ouser der Maas und nördlich von Badonvillers einige Franzosen zurück.

Italienische Front.

Lebhaftester Feuerkampf auf der Hochfläche von Asiago.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Artillerietätigkeit in Flandern.

Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 4. Februar.
Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich namentlich in Flandern zwischen dem Douthouster Wald und der Lys und beiderseits der Scarpe gegen Aender steigerte. — Westlich von Bellecourt scheiterte ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer. An der Ailette, nördlich von Bray, drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Positionen ein. — Eigene Infanterie und Pioniere hielten nordwestlich von Bezonvaux 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone zum Absturz gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Etsch und Piave vielfach Artillerietätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Luftangriff auf Paris.

Aus der Pariser Presse läßt sich über den Fliegerangriff weiter entnehmen, daß der ganze Stadtbereich mehr oder weniger mit Bomben belegt wurde. In mehreren Stadtteilen wurde schwerer Schaden angerichtet. Die nördlichen Vororte wurden „Petit Parisien“ zufolge besonders schwer heimgesucht. In der Umgegend von Paris schlugen verschiedene Bomben in Fabriken ein, zwei in eine, sechs in eine andere. Lagerhäuser mit Ausstattungsgegenständen brannten ab. In einer bedeutenden Fabrik der nördlichen Vororte wurden etwa zehn Arbeiter verletzt.

Verluste der Engländer.

In der Zeit vom 1. bis 10. Januar 1918 haben die Engländer nach eigenen Veröffentlichungen 886 Offiziere und 30 752 Mann an Toten, Verwundeten und Vermissten verloren. Nicht eingerechnet ist hierbei der erhebliche Abgang an Kranken, der infolge der schlechten Verhältnisse der Engländer besonders hoch ist.

Der Krieg zur See.

23 000 Tonnen Schiffsrumpf versenkt.

Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört. Dabei wurden drei Dampfer und ein Segler mit über 23 000 Br.-Reg.-T. versenkt. Die Dampfer waren bis auf einen bewaffnet und meist tiefbeladen. Die Mehrzahl wurde in geschloßten durchgeführten Angriffen aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, darunter ein großer Truppentransportdampfer, der unter starker Beschießung bedeckt fuhr, also wohl besonders wertvoll war. Der versenkte englische Segler „Maria B.“ war mit Wein nach Malta unterwegs.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.
18 000 Tonnen!

* Berlin, 3. Febr. (WZS Antich) Unterseebootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Br.-R.-T. Die Schiffe waren fast sämtlich tief geladen und wurden zum größten Teil im Kermekanal vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Geleitzuge herausgeschossen. Namentlich festgelegt konnte der englische Dampfer „Quadrone“ (3063 Br.-R.-T.) werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein englischer Truppentransportdampfer torpediert.

* London, 2. Febr. (WZS Antich) Der bewaffnete englische Truppentransportdampfer „Dorwin“ wurde im östlichen Mittelmeer am 21. Januar torpediert. Das Schiff sank, 7 Offiziere und 217 Mann sind ertrunken.

Kleine Kriegsspost.

Berlin, 2. Febr. Zum Jahrestag des uneingeschränkten U-Bootkrieges hat der Kaiser dem Chef des Admiralsstabes v. Holendorff und dem Chef der Hochseeflottekräfte Admiral Scheer das Eichenlaub zum Orden Pour le Mérite verliehen.

Japan und Amerika.

Aus Genf meldet die „Deutsche Zeitung“: Trotz der Forderungen Washingtons, daß vorerst nur Lebensmittel und Kohlen statt Soldaten nach Europa befristet werden sollen, meldet die Armeeaussage der „Chicago Tribune“, die in Frankreich erscheint, daß die Vereinigten Staaten militärisch gewaltig weiter rücken. Einerseits wird behauptet, dies geschehe, um desto wirksamer im Jahre 1919 auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingzugreifen, aber andererseits wird der wahre Grund dieser Rüstungen auf die immer drohende japanische Gefahr zurückgeführt. Peinliches Aufsehen* in Amerika verursachten die jüngsten Meldungen aus Tokio, wo ein Duzend amerikanischer Zeitungsberichterstatter verhaftet und aus Japan ausgewiesen wurden, weil sie berichteten, daß die wirklichen Bestände des japanischen Heeres in diesem Jahre auf 25 anstatt 13 Armeekorps gebracht werden. Jedes Armeekorps soll zwei Divisionen zu je drei Regimentern umfassen, so daß die japanische Armee bald fünfzig Divisionen statt wie bisher 25 zählen wird. Noch peinlicheres Aufsehen erregte in Amerika der jetzt durch die Hearst-Presse allgemein veröffentlichte Bericht über eine Kasinorede des japanischen Generalkommandanten Tanaka in Schanghai, wo dieser Offizier seine Bewunderung für die deutsche Kriegsführung, Regierungsordnung und die opferfreudige Ausdauer des Volkes aussprach. General Tanakas Rede, die in der amerikanischen Presse durch besonders sensationelle Ueberschriften und fetten Druck hervorgehoben wurde, schloß mit den Worten: Wir befinden uns gegenwärtig im Krieg mit den Mittelmächten. Aber es wird der Tag des Friedens kommen, und dann wird es die Pflicht des japanischen Volkes sein, die Hand wahrer Freundschaft den mächtigen Germanen entgegenzustrecken.

Japanische Vorbereitungen.

* Petersburg, 1. Febr. Dumasli Kraus meldet aus Charkow, daß in Japan und Korea neue außerordentliche Manöver der japanischen Armee abgehalten werden. Es handele sich um die größten Manöver, die bisher in Japan stattgefunden haben. In ganz Japan wurde eine Probemobilisierung angeordnet. Rund 300 000 Mann japanischer Truppen stehen zur Zeit über dem normalen Bestand unter den Waffen.

Die Streifbewegung.

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 2. Februar.

Gegenüber den Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin hat, wie amtlich durch W.Z.B. erklärt wird, die Regierung von vornherein den Standpunkt vertreten, daß sie nicht in der Lage sei, mit einem von streikenden Arbeitern ohne jede gesetzliche Grundlage gewählten „Arbeiterrat“ in Verhandlungen über politische Fragen einzutreten. Dagegen hat sie stets ihre Bereitwilligkeit bekundet, die Lage mit den politischen und gewerkschaftlichen Führern der Arbeiterschaft zu erörtern. Diesen Grundrissen hat am gestrigen Tage auch der Reichskanzler bei einer Besprechung mit den Abgeordneten Bauer und Schmidt Ausdruck gegeben.

Gleichwohl beharrten die Abgeordneten Ebert, Haase, Ledebour und Scheidemann darauf, daß auch fünf Funktionäre der Gewerkschaftsorganisation, die von den Streikenden als ihre Vertrauenspersonen bezeichnet worden sind, vom Kanzler empfangen werden. Der Reichskanzler konnte sich mit einem diesbezüglichen Vorschlag nicht einverstanden erklären, da die so zusammengelegte Abordnung sich wiederum als eine von der Streikleitung bevollmächtigte Vertretung der streikenden Arbeiter darstellte und nicht als Vertretung der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit. Infolgedessen hielt der Reichskanzler an der Antwort fest, die er auf das oben erwähnte telegraphische Eruchen gegeben hatte. Von der Gegenseite wurde jedoch erklärt, daß unter diesen Umständen auf den Empfang der Abordnung verzichtet werde.

Die Abgeordneten Scheidemann, Ebert, Haase und Ledebour sind heute vom Reichskanzler empfangen worden. Sie haben den Reichskanzler, bei den militärischen Stellen die Erlaubnis zu erwirken, daß Vertreter der streikenden Gruppen eine Versammlung abhalten dürften, um Stellung zu der durch den Ausstand geschaffenen Lage zu nehmen. Der Reichskanzler erteilte einen ablehnenden Bescheid, solange nicht eine Gewähr dafür gegeben sei, daß die Arbeiter ihre Wünsche auf gesetzmäßigem Wege an die Regierung oder an die Abgeordneten gelangen lassen.

Militarisierung verschiedener Betriebe.

Nach einer Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken sind verschiedene Betriebe der Rüstungsindustrie unter militärische Leitung gestellt worden. Den Arbeitern dieser Betriebe ist aufgegeben worden, die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918, bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen. Zuwiderhandelnde setzen sich schwerer Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungsgesetzes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.

Abflauen des Ausstandes.

Wie von zuverlässiger Seite gemeldet wird, ist das heutige Streikbild wesentlich günstiger als das gestrige. Man kann annehmen, daß die Zahl der Streikenden um 20% geringer ist als am Freitag. Es mehren sich die Fälle, wo die Arbeiter mit den Arbeitgebern zwecks Wiederaufnahme der Arbeit Fühlung nehmen. Im allgemeinen herrscht der Eindruck vor, daß mit einer Wiederaufnahme der Arbeit im wesentlichen Umfang schon am Montag gerechnet werden kann. Auch ernsthafte Ruhestörungen sind gestern nicht mehr vorgekommen.

Die Lage im Reich.

Von allen Seiten aus dem Reich kommen Meldungen, daß der Streik beendet oder dem Ende nahe ist. Nur in Jena hat gestern eine neue Bewegung eingesetzt, dort streikt etwa ein Drittel der Arbeiterschaft. — In München hat man die Führer der Münchener Ausstands-bewegung, vor allem den früheren „Vorwärts“-Redakteur Kurt Eisner und die frühere russische Staatsangehörige Frau Dr. Lerch, sowie eine weitere Anzahl von Personen verhaftet. — In der bayerischen Abgeordnetenkammer erklärte Ministerpräsident v. Dandl, die Streikvorgänge, insbesondere in Berlin, seien eine helle Freude für das Ausland. Auf innerpolitischem Gebiet werde alles geschehen, um die Forderungen der Reichsleitung zu erfüllen.

15 Millionen entgangener Wochenlohn.

Der „Berl. Volksanz.“ schreibt: Western war in der Mehrzahl der Berliner Fabriken Lohnstagnation. Da die Arbeiter gestern noch streikten, so ist ihnen ein voller Wochenverdienst verloren gegangen. Rechnet man, daß eine Arbeiterin 50 Mark verdient, ein qualifizierter Arbeiter 150 Mark —

wiele haben eine größere wöchentliche Einnahme — so dürfte man auf einen gesamten Lohnbetrag bei 180 000 Streikenden auf 18 Millionen in der Woche kommen. Da sich nun unter den Streikenden viele jugendliche Arbeiter befinden, die diese Lohnsätze nicht erreichen, so kann man immerhin annehmen, daß die Arbeiter in dieser einen Woche 15 Millionen Mark an Löhnen verloren haben.

Das Urteil gegen Dittmann.

* Berlin, 4. Febr. Der angeklagte Reichstagsabgeordnete Dittmann wurde unter Jubilation mildernden Umständen und unter Verneinung der ehelichen Gesinnung wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen § 96 des Verfassungsgesetzes zu fünf Jahren Festungshaft und wegen Widerstands wider die Staatsgewalt zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

§ Die Kriegsverurteilung in Tätigkeit. Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin zur Verhandlung kam, betraf einen Soldaten Dittmann, der am 20. Januar Arbeiter, die sich zur Arbeit begeben wollten, zum Streik aufgefordert hat. Der Angeklagte wurde wegen versuchten Landesverrats zu vier Monaten Zuchthaus, die in sechs Monate Gefängnis umgewandelt wurden, verurteilt und in Haft behalten.

Vom Tage.

Das deutsche Elsaß-Lothringen.

vi. Wie man im neutralen Ausland über die Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen denkt, zeigt ein Artikel der christlichen Zeitschrift „Norsk Revy“, in dem der norwegische Schriftsteller Nils Kjaer u. a. schreibt: „Ich hatte vor einigen Jahren Gelegenheit, mich in der alten Stadt Straßburg aufzuhalten. Ich kam mit denselben Vorstellungen über Sprache und Nationalitätsverhältnisse im Reichslande dorthin, die noch heute dem größeren Teil meiner Landsleute vorliegen, nämlich daß Elsaß-Lothringen ein Stück französisches, 1870 erobertes Boden ist, daß die Einwohner unter der deutschen, fremden Herrschaft leiden und eine Wiedervereinigung mit dem Mutterlande wünschen. Zu meiner Überraschung fand ich das Gegenteil. Die Bauern und Bürger im allgemeinen, Bauernhöfe und Stadthäuser, Sitten und Gebräuche, Sprachen und Traditionen, alles war deutsch, nicht französisch. Es war offenbar kein erobertes Land, sondern es war eine mit ihrem natürlichen Mutterlande wiedervereinigte Provinz. Die französische Sprache wird nur von 5% der französischen Bevölkerung gesprochen. Bei einer Volksabstimmung würde die französische gestimmte Partei eine gewaltige Niederlage erleiden. Seit 1870 kann die Elsaß-Lothringische Frage kein fruchtbares politisches Diskussionssthema sein. Das ist ein für allemal abgetan.“

Gibraltar für Spanien!

vi. Ein großer Teil der spanischen Presse äußert sich zustimmend zu den Reden des Grafen Hertling und des Grafen Czernin. Das amtliche Organ „Correspondencia Militar“ erklärt, die Ausführungen der beiden Staatsmänner geben Anlaß, nochmals auf die Rückgabe Gibraltars an Spanien hinzuweisen. Spanien müsse vom Verbands die Versicherung der Rückgabe oder die offene Ablehnung erzwingen und danach sein Verhalten einrichten. Auch die Neuordnung der Kolonien sei für Spanien als Auswandererland wichtig.

Solche Äußerungen strafen die Verbandsblätter lägen, nach denen sich in Spanien eine immer freundlichere Haltung gegen England bemerkbar mache.

Die verschleuderten Milliarden.

vi. In der französischen Kammer erklärte der Deputierte Roulet, die Regierung glaube, daß Rußland heute keine Verpflichtungen verleihe. Als im Jahre 1905 zum erstenmal in Rußland eine revolutionäre Bewegung einsetzte, habe diese Frankreich gebeten, von einer Anleihepolitik Abstand zu nehmen, die eine ständige Vermischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands darstelle. Die französische Regierung habe sich damals dem Ansuchen gegenüber ablehnend verhalten und müsse heute ihren Fehler bezahlen. Frankreich habe an Rußland Milliarden verschleudert und dadurch nur die Korruption des ganzen Regimes erhöht. — Unter allgemeinem Beifall der Linken rief der Redner dem Finanzminister zu: Rußlands Bankrott ist Ihr eigener Bankrott!

Mancher politische Gegner wird dem Abgeordneten im stillen recht gegeben haben.

Kriegsgründe Wilsons.

* Über die Gründe für die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege sprach Präsident Wilson in längerer Rede. Er führte darin u. a. aus: Die Regierenden in Deutschland suchen ihre Macht in solcher Weise auszuüben, daß unter wirtschaftliches Leben abgeschnitten würde, soweit unser Verkehr mit Europa in Betracht kommt, um unser Volk auf unsere Erdbälle zu beschränken, in dessen sie Absichten verwirklichen können, die jeden Fortgang unseres nationalen Lebens dauernd verlangsamen und verhindern und das Geschick Amerikas der Gnade der kaiserlichen Regierung überliefern würden. Und diese neueste Kriegshege findet in dem „aufgeklärtesten Staate der Welt“ willige Ohren. — Offenbar handelt es sich bei dieser Rede bereits um die Antwort Wilsons auf die Erklärungen der Staatsmänner der Mittelmächte. Die Verstärkung, die Reuter daran vorgenommen hat, ist für die englische Berichterstattung charakteristisch.

Ein nordischer Bund unter englischem Protektorat?

* Wie verlautet, soll England die Bildung eines nordischen Bundes anstreben, der aus den skandinavischen Mächten, Finnland und den baltischen Provinzen bestehen soll. Einer Ausdehnung des deutschen Einflusses auf die baltischen Provinzen steht England absolut feindlich gegenüber, da es hierin eine Bedrohung seiner Ausfuhr nach Rußland, die bisher fast ausschließlich über die baltischen Häfen ging, erblickt. Zum Schutze seiner Interessen hat England dem Vernehmen nach Beziehungen zu estnischen und lettischen Kreisen angeknüpft, mit deren Hilfe es dem deutschen Einfluß in den baltischen Provinzen entgegenarbeiten will. Im Zusammenhang mit diesem Vorgehen steht auch das Bestreben, möglichst viel Grund und Boden in baltischen Provinzen in englischen Besitz zu bringen.

Ein Kriegsabzeichen für die U-Boot-Verfugungen.

* Das Marine-Verordnungsblatt vom 1. Februar enthält einen Erlass des Kaisers über die Einführung eines U-Boot-Kriegsabzeichens. In den Bestimmungen dazu heißt es, daß jeder künftige Träger dieses neuen Abzeichens sich auf mindestens drei Jahren gegen den Feind auszeichnen muß. Der neue Kriegsorden für die U-Boot-Waffe, der am Jahrestag des uneingeschränkten U-Boot-Krieges festgesetzt worden ist, wird in gleicher Weise an Offiziere wie Mannschaften verliehen werden.

Die Telefunkenstation Nauhen.

Der unter dem Namen „Telefunken-Gesellschaft“ allgemein bekannten Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. ist es in einer Frist von kaum mehr als zehn Jahren gelungen, ihre Station Nauhen zur größten Station der Erde auszubauen. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1903 gegründet und errichtete im Jahre 1906 auf dem etwa dreiviertel Stunde vom Bahnhof Nauhen gelegenen Gelände ihre erste Versuchstation mit einem Turm von etwa 100 Meter Höhe und Maschinen von 35 Pferdekraften. Heute braucht



Die Telefunkenstation Nauhen.

die Station über 1000 Pferdekraften zur Erzeugung elektrischer Wellen und verfügt über zwei Türme von je etwa 260 Meter Höhe (nur etwa 40 Meter niedriger als der Eiffelturm) und über sieben Türme von 120 bis 150 Meter Höhe. Ein ganzes Netz von Drähten verbindet die einzelnen Türme miteinander. 1000 Morgen Gelände nehmen



Das Hauptgebäude der Telefunkenstation Nauhen.

die Gesamtanlagen ein. Inmitten steht jetzt das neue große von Geheimrat Dr. Rubensius entworfene Gebäude, welches bestimmt ist, die jetzt vielfach in kleineren einzelnen Häusern und Schuppen untergebrachten Maschinen und Apparate zu umschließen. Voraussichtlich wird es im Laufe dieses Jahres dem Betrieb übergeben werden. Die Station ist in der Lage, bis auf über 10 000 Kilometer Entfernungen ihre Funkprüche zu entsenden. Der Verkehr hat sich von 1,3 Millionen Wörtern im Jahre 1915 auf 2,58 Millionen Wörter im Jahre 1916 und 3,68 Millionen Wörter im September 1917 gesteigert. Welche außerordentlichen Dienste schon vor dem Kriege und ganz besonders während des Krieges von dem Telefunken geleistet worden sind, ist zur Genüge bekannt geworden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* In seiner Rede im Reichstagshauptsaal hatte Graf Hertling über die Kriegsziele Bulgariens nicht gesprochen. Diese Tatsache hatte in Bulgarien eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hat der Reichskanzler von Bulgarien deshalb nicht gesprochen, weil er seine Rede im wesentlichen als eine Antwort an Wilson aufbaute und weil der Präsident seinerseits Bulgarien nicht erwähnt hatte und nicht erwähnen konnte aus dem einfachen Grunde, weil zwischen den Vereinigten Staaten und Bulgarien überhaupt kein Krieg besteht. Selbstverständlich kann aus dem Schweigen des Kanzlers nicht etwa darauf geschlossen werden, daß Deutschland die Absicht habe, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Bulgarien nicht zu halten. Das ist selbstredend völlig ausgeschlossen. In Bulgarien ist die öffentliche Meinung inzwischen auch aufgeklärt und die Erregung hat sich gelegt.

* Zur Reform des preussischen Herrenhauses hat der Verein Berliner Presse als der älteste und größte journalistische Berufsverein Preußens an die beiden Häuser der Abgeordneten eine Eingabe gerichtet, daß dem § 5 des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Zusammenfassung des Herrenhauses ein Absatz 9 hinzugefügt werde, der bestimmt, daß mindestens drei Mitglieder der preussischen Tagespresse als Vertreter der praktischen Journalistik präsentiert werden sollen. In der eingehenden Begründung weist die Eingabe darauf hin, daß die Presse neben den Universitäten und der Kirche eine der Quellen ist, aus denen die geistigen und religiösen Bewegungen des Volkes ihre Nahrung ziehen, und daß der Minister des Innern selbst in seiner Einführungsbrede zur Wahlrechtsvorlage die Vertreter der Presse unter denjenigen genannt hat, deren Stimme im Herrenhaus zu Worte kommen müsse.

* Die Wahlrechtsfrage in Preußen behandelt eine Schrift von Dr. Ulrich Kahrstedt an Hand neuer Gesichtspunkte, vor allem aber auf Grund zahlenmäßiger Unterlagen. Die Rückwirkung einer radikalen Umgestaltung des preussischen Wahlrechts auf die Steuerpolitik, die Eisenbahn- und Beamtenpolitik, die Polenfrage, die Gemeindeverwaltung, die Kulturaufgaben und die anderen Bundesstaaten gelangt in der Schrift zu einer sehr anschaulichen Darstellung. Ferner werden die Abänderungsmöglichkeiten besprochen, die unter dem grundsätzlichen Festhalten am Reichstagswahlrecht gegeben sind. Im zweiten Teil wird das Wahlrecht und das bürgerliche Wahlrecht untersucht. Der Verfasser gibt dem letzteren den Vorzug und macht auf Grund der Verfassung von 1907 für seine Ausgestaltung Vorschläge.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Auszeichnungen vor dem Feinde.

* Oestrich, 5. Februar. Dem Garbsten Franz Spreijer wurde wegen Tapferkeit vor dem Feinde das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse verliehen.

* Winkel, 5. Febr. Der Gefreite Anton Kirchner von hier wurde wegen hervorragenden Verhaltens vor dem Feinde zum Unteroffizier befördert und demselben das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse verliehen.

Beschlagnahme.

* Oestrich, 5. Febr. Auf die im Anzeigenteil vorliegender Nummer des Bl. abgedruckten Bekanntmachungen betr. Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne und Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn, Papierbindfaden, sowie Höchstpreise für dieselben, weisen wir besonders hin.

Schulunterrichtskursus.

* Oestrich, 5. Febr. Der Schulkursus des Elisabethenvereins beginnt am Donnerstag, den 7. Februar. Sämtliche Teilnehmerinnen werden gebeten, sich zu einer Vorbesprechung am Mittwoch, den 6., nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Kinderschule einzufinden.

Kriegsvortrag im Kaufm. Verein Mittel-Rheingau.

* Oestrich-Winkel, 5. Febr. Bei dem teuffischen Plane der Engländer, das deutsche Volk durch wirtschaftliche Schädigungen aller Art völlig zu vernichten, hat auch der Fortfall der Zufuhr an Salpeter aus Amerika eine große Rolle gespielt. Kein zweiter Stoff übt auf unsere Volkswirtschaft einen so großen Einfluß aus, wie der Salpeter, er sichert unsere Ernährung und schützt uns vor unseren Feinden. England glaubte nun, daß ohne Salpeter bei uns nichts mehr möglich sein würde. Aber England hat eine große Enttäuschung erlebt, denn es ist deutscher Wissenschaft und deutscher Arbeit gelungen, aus dem Stickstoffvorrat der Luft einen völligen Ersatz für den amerikanischen Salpeter zu schaffen. So ist denn wohl gerade ein Thema, welches diesen so wichtigen Stoff behandelt, ein so zeitgemäßes wie selten eines. Es ist dem Kaufm. Verein Mittel-Rheingau gelungen, den Universitätsprofessor Herrn Dr. Strecker aus Leipzig zu einem Vortrag „Die Stickstofferoberung der Luft und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung“ für Dienstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Hotel Germania in Weisenheim zu gewinnen. Da derselbe seine Ausführungen durch eine große Anzahl Lichtbilder erläutern wird, so steht uns ein hochinteressanter Abend bevor.

Rebschnitt-Kursus.

* Eltville, 5. Febr. Bei genügender Beteiligung soll hier ein Kursus für Frauen und Mädchen über Rebschnitt und Gemüsebau abgehalten werden. Anmeldungen sind bis 6. Febr. in den Briefkästen des Bürgermeisters einzulegen.

Saatkarten.

* Rüdesheim a. Rh., 4. Febr. In nächster Zeit werden Saatkarten in vermehrtem Umfange verlangt werden. Es wird deshalb wiederholt zur Kenntnis gebracht, daß die Ausstellung von Saatkarten stets bei den Bürgermeistern der Wohnorte zu beantragen ist, nicht etwa unmittelbar bei dem Kreisamtsausch. Alle Anträge, die unmittelbar bei dem Kreisamtsausch. eingehen, müssen aus bestimmten Gründen wieder an die Bürgermeistern zurückverwiesen werden, wodurch unnötige Schreibereien und Verzögerungen entstehen.

Wiederum ein Bieraufschlag.

* Die Frankfurter Brauereien geben ihrer Rundschaft bekannt, daß nach einer neuen Verordnung des Kriegsernährungsamtes der Bierpreis um weitere 3 Mark für den Hektoliter erhöht worden ist. Dadurch erhöhen sich auch die Preise für die ganze Flasche Bier um 2 Pfennig und für die halbe Flasche um 1 Pfennig. Den Wirtvereinigungen ist es freigestellt, eine Verteilung der Aufschlagsbeträge vorzunehmen. Ein Beschluß hierüber ist von den Wirtvereinigungen noch nicht gefaßt worden.

Zum Eisenbahnunglück bei Rinn.

* Kreuznach, 4. Febr. Bei Hochstetten zog man die Leiche eines Soldaten unterhalb des Tunnels aus dem Rühlenteich. Der arme Kämpfer, der mit Tornister behaftet war, war der Eisenbahnkatastrophe am 16. Januar glücklich entronnen, aber dann auf dem Wege über den Bahndörper nach Rinn in den Teich geraten, den er in der Dunkelheit und der Aufregung wohl für einen Weg gehalten hatte.

Der verderbliche Kettenhandel.

* Friedberg, 4. Februar. Wie die Rüsse verteuert werden, lehrt eine Verhandlung vor dem Frankfurter Schöffengericht. Kaufmann Hermann Strauß von hier kaufte von einem Geschäft in Gießen 678 Pfund Haselnüsse, das Pfund zu 72 Pfg. Hierfür verkaufte er nach mehreren Monaten 474 Pfund für 1,75 Mk. das Pfund nach Offenbach an Kaufmann David, mit 75 Pfg. Preiszuschlag gingen die Rüsse an Kaufmann Jath-Frankfurt, der sie für 2 30 Mk. an Schepeler in Frankfurt weitergab. Und dieser verkaufte das Pfund für 3 50 Mk. ans Publikum. Die Rüsse hatten also von Gießen bis zu den Frankfurter Käufen 600 Proz. Aufschlag erfahren. Das Gericht verurteilte Strauß und David zu je 300 Mk. und Jath zu 100 Mk. Geldstrafe.

Wieder eine anonyme Briefschreiberin erwischt.

Mit Denunziationen verschiedener Art hatte sich Frau Marie Ney aus Darmstadt an das Frankfurter General-Kommando gewandt. Sie beschuldigte darin einen Bischofswibel vom Griesheimer Kriegsgefangenenlager der Bestechlichkeit, der Drückebergerei und des Dienstmißbrauchs, mit dem ausgesprochenen Ziel, daß dieser ins Feld geschickt werden sollte. Frau Ney hatte freilich nicht den Mut gehabt, den Brief mit ihrem wirklichen Namen zu unterzeichnen, sondern sie fügte, wie das die anonymen Briefsteller öfter machen, eine beliebige Unterschrift „Karl Weiß“ bei. Trotzdem kam man ihr auf die Spur, und so hatte sie sich nun vor der Darmstädter Straßammer wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten. Sie erhielt dafür drei Monate Gefängnis, und das mit Recht. Die Vorwürfe selbst erwiesen sich als unbegründet; das Gericht nahm jedoch zu Gunsten der Angeklagten an, daß sie keine wesentlich falsche Anschuldigungen und Verleumdungen beabsichtigt hatte.

Wie die hohen Preise zustande kommen.

(S) Eine Frau in Siegburg hatte ein Kinderschürchen zum Preise von 18,50 erstanden. Als sie die Preisausschreibung näher in Augenschein nahm, ergab sich, daß eine Reihe von Zettel übereinander geklebt waren. Um das Geheimnis der vielen Zettel zu ergründen, löste sie einen nach dem andern ab. Und siehe da, jeder Zettel enthielt eine andere Preisausschreibung. Die Reihenfolge der Zahlen war folgende: 18,50, 12,75, 7,90, 4,25, 2,95, die letzte Zahl stammte wahrscheinlich noch aus der Friedenszeit. Sie hat sich dann von Zeit zu Zeit bis zur Höhe von 18,50 Mk. emporentwickelt. Sicher eine anständige Leistung! Die Behörde, der diese Kletterkunst bekannt ist, dürfte nicht verfehlt haben, ihr eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Sohn Söhne gefallen.

[*) Die Familie des Generalleutnants v. Roon, des Sohnes unseres ehemaligen Kriegsministers, hat der Weltkrieg besonders schwer getroffen. Graf v. Roon hatte acht Söhne, alle acht zogen ins Feld, sieben mit der Waffe, der achte als Divisionspfeifer. Vier sind in den ersten Kriegsjahren auf dem Felde der Ehre geblieben, jetzt ist der fünfte, Major Walter v. Roon, einem schweren, an der Front entstandenen Verwundung zum Opfer gefallen. Auch die Mutter dieser Helden Söhne ist während des Krieges gestorben; die übrigen drei Roon stehen im Felde.

„Grüntein Seifenschaum“.

(?) In der Generalversammlung der Kölner Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Zunftung berichtete Obermeister Deichmann über den von der Zunftung eingerichteten Kasierkursus für die Frauen und Töchter der eingezogenen Mitglieder. Die Beteiligung sei außerordentlich groß, und mit überraschendem Geschick eignen sich die Damen die Kasierkunst an, so daß sie bald in der Lage sein werden, das Geschäft zu versorgen, zur Beruhigung der fürs Vaterland kämpfenden Männer.

Eine über Hundertjährige gestorben.

* In Dudy bei Lausanne ist im Alter von 102 Jahren die verwitwete Fürstin Leonilla Iwanowna zu Sayn-Wittgenstein gestorben. Sie war am 9. Mai 1816 als Tochter des Fürsten Variatinsky geboren und vermählte sich am 23. Oktober 1834 mit dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein, der vor vielen Jahren bereits gestorben ist. Sie ist die Großmutter des jetzt regierenden vierten Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Sayn Stanislaus und die Mutter des Grafen Alexander von Hachenburg, der 1883 auf das Sayn'sche Fideikommiß und die Rechte des hohen Adels zu Gunsten seines Sohnes verzichtete.

o Wiederaufnahme des Fernverkehrs. Die Einschränkungen im Fernverkehr werden bald wieder gemildert werden. Am nächsten Dienstag werden sämtliche Schnell- und Personenzüge wieder in Verkehr gebracht werden können, die seit dem 22. Januar in Wegfall gekommen sind. Außer Verkehr bleiben nur die Züge, die seit dem 16. Januar und früher ausgefallen sind.

o Stiftung der Stadt München zur goldenen Hochzeit des bayerischen Königspaares. Die städtischen Kollegien in München haben beschlossen, anlässlich der goldenen Hochzeit des Königspaares eine Stiftung für Zwecke der Kinderfürsorge zu errichten. Für die Stiftung soll jährlich ein Betrag von 60 000 Mark verwendet werden, der den Zinsen eines Kapitals von 1 Million Mark entspricht. Die Stiftung soll insbesondere dazu bestimmt sein, den Schülern, die sich auf dem Gebiete des Kostfunderweises gezeigt haben, entgegenzuwirken. Bei der Verwendung der Stiftungsmittel sollen Kinder von Kriegsteilnehmern in erster Linie berücksichtigt werden.

o 6000 Mark Belohnung. Der große Diebstahl in Saarbrücken, über den wiederholt berichtet wurde, beschäftigt noch immer die Kriminalbehörden. Nachdem von den 500 000 Mark, die den Dieben in die Hände fielen, 300 000 Mark in einem Straßenbriefkasten in Saarbrücken gefunden worden sind, fehlen jetzt noch 200 000 Mark. Für die Wiederbeschaffung dieser Summe ist die Belohnung, die zunächst mit 3000 Mark ausgesetzt, dann auf 5000 Mark gesteigert wurde, jetzt auf 6000 Mark erhöht worden.

Bekanntmachung.

Am 1. Februar 1918 ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. W. 2. 2700/12. 17. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. 2. 2700/2. 17. R. R. A. vom 1. April 1917, betreffend Beschlagnahme bannwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot) erlassen worden.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

Das Gouvernement der Festung Mainz.

Bekanntmachung.

Am 1. Februar 1918 sind 2 Nachtragsbekanntmachungen:

„Nr. Paga. 1200/11. 17. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. 3. 700/5. 17. R. R. A. vom 10. Juli 1917, betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art, sowie für Papiergarne und -bindfäden; Nr. Paga. 1500/11. 17. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. Paga. 1/10. 17. R. R. A. vom 23. Oktober 1917, betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfäden sowie Meldepflicht über Papiergarnerzeugung“ erlassen worden.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachungen ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Bekanntmachung.

Sämtliche zeitig kriegsunbrauchbaren Leute vom Jahrgang 1876 bis einschließlich 1899 werden aufgefordert, sich bis spätestens Mittwoch, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathause zur Stammtafel anzumelden.

Deßlich, der 5. Februar 1918.

Der Bürgermeister:
Beder.

o Kartoffeldiebstähle mit Straßenbahnwagen. In München-Grasbach verhaftete die Polizei fünf Kartoffeldiebe, die nachts einen Straßenbahnwagen aus dem Schuppen holten und mit abgeblendeten Lichtern nach Neuwerk fuhren, um die Kartoffellager der dortigen Gemeinde zu plündern.

o Alfred Rothschild gestorben. Aus London wird gemeldet, daß Baron Alfred Rothschild gestorben ist. Er war Teilhaber der Bankfirma R. M. Rothschild and Sons und 1842 geboren. Er gehörte den vornehmsten Klubs an und hatte eine führende Rolle in allen großen Unternehmungen und Instituten.

Osram-¹/₂-Wattlampen

Flack, Wiesbaden, Luisenstraße 46, Tel. 747.
neben Residenz-Theater.

Wetterausichten für das Frühjahr.

Meteorologische Blaubei.

Der Winter 1916/17 steht in unserer Erinnerung als ein besonders strenger. In der Tat konnte er nur zu dem mittelfrühem gerechnet werden. Man war durch eine Reihe von sechs milden Wintern etwas verwöhnt, nur der Winter von 1908/09 war ebenso streng, und dann muß man bis 1892/93 zurückgehen, um einen strengeren Winter anzutreffen. So wurde denn der Winter 1916/17 strenger empfunden, als er wirklich war. Auch trug dazu bei, daß der Winter erst spät eintrat, Anfang Februar war die kälteste Periode, und dann zog er sich lange hin. Spätere Winter werden immer unangenehm empfunden. In diesem Jahre wünschte man im Interesse der Feld- und Gartenfrüchte gerade ein zeitiges Frühjahr. Und schließlich hat auch die Kohlenknappheit die Kälte härter fühlen lassen.

Der jetzige Winter hat ja leider an Kälte bisher alles gehalten, was die Voraussagen befürchten ließen. Aber ob wir ihn endgültig als einen sehr strengen werden buchen müssen, steht noch dahin, denn eine mildere Temperatur in den kommenden Monaten kann noch viel verschieben. Überhaupt ist es schwer, ohne Statistik einen Winter richtig zu schätzen, abgesehen von den ganz außergewöhnlichen Fällen. Als sehr strenge Winter bezeichnet der Meteorologe Hellmann, der kürzlich in der Berliner Akademie der Wissenschaften über diese allgemein interessierende Frage sprach, solche, bei denen die Tagestemperatur unter Null sinkt mindestens 320 Grad ergeben und zwar wird der Winter gerechnet vom 1. November bis 31. März. Solche Winter hat es seit 1766 in Norddeutschland bloß 24 gegeben.

Der härteste Winter in diesen 150 Jahren war der von 1829/30. Schon am 12. November traten Nachtfröste ein. Am 27. November zeigte das Thermometer 10 Grad Kälte, die Rinde und Flüsse froren zu. Vom 1. Dezember bis 7. Februar blieb das Thermometer dauernd unter Null, mit zwei Ausnahmen, die am Gesamtbilde nichts änderten. Am 20. Dezember fiel Schnee, 2 1/2 Fuß hoch. Zu Weihnachten hatte man 22 Grad Kälte bei schneidendem Ostwind, im Januar auf freiem Felde sogar bis 28 Grad. Am 8. Februar machte dann ein Glatteisregen und plötzliches Tauwetter dem eigentlichen Winter ein Ende, es folgte ein Nachwinter.

Daß zwei sehr strenge Winter aufeinander folgen, ist selten. Dagegen wird ein besonders strenger Winter öfters von einem oder zwei Wintern begleitet, die auch noch

strenge sind, aber nicht abnorm streng. Eine Gesetzmäßigkeit in der Wiederkehr sehr strenger Winter hat sich nicht feststellen lassen, so daß man etwa sagen könnte, alle 11 Jahre ist ein besonders strenger Winter zu erwarten oder dergl. Auch die vielfach behauptete und so natürlich scheinende Abhängigkeit von den Sonnenflecken findet in den Aufzeichnungen keine Bestätigung.

Dagegen zeigt sich eine höchst wunderbare Erscheinung. Die Jahre 1788 bis 1845 hatten besonders viele strenge Winter, 17 an der Zahl. Dagegen gab es in den sechzig Jahren von 1846 bis 1916 nur sechs sehr strenge Winter. Auch war die Zahl der besonders milden Winter in dem letzten Zeitraum bedeutend größer als in den sechzig Jahren vorher. Wir erleben eine Klimaschwankung, deren Gründe wir noch nicht kennen. Surselt sind wir in einer milden Periode, welche selten sehr strenge Winter aufkommen läßt. Wie lange diese milde Zeit dauert, und wann wieder eine harte Zeit mit vielen sehr strengen Wintern kommen wird, ist uns nicht bekannt.

Nun zum kommenden Frühjahr! Unmittelbar auf einen sehr strengen Winter folgen fast regelmäßig einige warme Wochen. Man darf also nach einem sehr strengen Winter auf ein teilweise warmes Frühjahr rechnen. Das stimmt mit dem Volksglauben überein, der hierin einen gewissen gerechten Ausgleich sieht. Dagegen ist es falsch, auf einen sehr strengen Winter auch einen besonders warmen Sommer zu erwarten. Das Gegenteil ist der Fall. In 19 von 24 Fällen folgte immer auf einen sehr kalten Winter ein kühler Sommer. Damit ist aber nicht ein Sommer gemeint, der von Anfang bis Ende so kalt ist, was sehr selten vorkommt, sondern nur ein solcher, in dem die kühlen Perioden häufiger sind als die warmen. Ausnahmen kommen vor, und an diese Erfahrung klammert sich dann der Volksglaube immer wieder fest.

Der kühle Sommer ist eine natürliche Nachwirkung eines sehr kalten Winters, die besonders dann in Erscheinung tritt, wenn die Kälte sich lange in den März ausdehnt. Treten aber, wie es nicht selten vorkommt, im März schon warme Tage auf, ein sogenannter „Vorfrühling“, so dürfen wir trotzdem auf einen warmen Sommer hoffen.

K. M.

Geschäftliches.

X Aus dem Rheingau, 3. Febr. In den Mitteilungen des Nassauischen Landes-Obst- und Gartenbauvereins mahnt der altbewährte Praktiker, Herr Obergärtner Schlegel zu Deßlich, die Samenvorräte zu sichten, da die Samereien knapp und teuer und mit der Bestellung nicht zu säumen sei. Auch die weitbekannte Samenhandlung J. Lambert & Söhne in Trier mahnt in ihrem eben erschienenen Hauptpreisverzeichnis zur sparsamen Verwendung aller Samen und hält die äußerste Ausnutzung aller Land- und Gartenflächen für vaterländische Pflicht. Die genannte Firma empfiehlt dem Gartenbesitzer hauptsächlich die Befestigung mit Früh- und Wassertenüßern wie Kraut, Wirsing, Kohlrabi, Erdsträuben, gelbe Rüben, Salate, Zwiebeln, Spinat, Erbsen, Bohnen und dem Landwirt den ausgedehntesten Anbau von mehr Kartoffeln, Futterrüben, Comfrei und Sommergetreide. Alle diese Samereien und das Saatgut finden wir in dem Preisverzeichnis in bewährtesten Sorten und bürgt der gute Ruf der Firma für besten Ernteerfolg.

Verantwortlich: Adam Eilene, Deßlich.

Spar- u. Leihkasse zu Beisenheim

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

— 2 Lindenplatz 2 —

Geschäftsstelle in Hallgarten im Rheingau

Giro-Konto bei der Reichsbank und der Landesbankstelle in Wiesbaden und der Dresdner Bank in Frankfurt a. M. u. Berlin. Postcheckkonto Nr. 492, Frankfurt a. M. Fernsprecher Nr. 60, Wiesbaden a. Rh.

Raffestunden während des Krieges: nur an Werktagen von 8—1 Uhr vormittags empfiehlt sich zur

provisionsfreien Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden Geschäfte zu den vorteilhaftesten Bedingungen.

Annahme von Spareinlagen von Jedermann.

Verzinsung bis zu 4% je nach Kündigung.

Einzahlungen und Ueberweisungen auf unser Postcheckkonto sind gebührenfrei.

Vermietung eiserner Schrankfächer (von Mk. 4.— an) in unserem feuer- und diebstahlsicheren Panzerschrank unter Selbstverschluß der Mieter.

Kostenlose Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Strengste Verschwiegenheit aller Geschäftsvorgänge, auch Behörden gegenüber.

Militärische

Gesuche

Auskunft: Unterstützung, Hilfsdienst usw. Auswärts briefl.

Schüler, deren Verletzung gefährdet

ist, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden, da sie sonst ein volles Jahr verlieren. Wir beseitigen durch individuellen Unterricht in kleinen Klassen die vorhandenen Lücken und bringen die Schüler bis zur Einj.- u. zur Abit.-Prüfung vorwärts. — 25 Vorkräfte. — Hervorragende Erfolge: Es bestanden im Jahresprüf. 44 Schüler die Prüf. für Prima, Sekunda usw.; 22 für das Einj., 6 für das Kadettenkorps, 5 für Fähnrichsprüfung und 5 für Abitur, incl. 82. — Anerkennungen aus ersten Kreisen. — Vorzügliche Verpflegung der Schüler. — Prosp. nach Vorlage des letzten Zeugn. ! Reform-Institut, Kohl a. Rh.

Fremdenbücher

Hotels und Gasthäuser, gebunden und ungebunden, liefert die Buchdruckerei des Rheingauer Bürgerfreund, Oestrich u. Eltvile.

Eine Schreibmaschine

wird auf ein Jahr ausgeliehen, sowie Sprachlehrbücher in den wichtigsten und vornehmen Sprachen Europas an Lehrerinnen.

Näheres durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Neue oder gebrauchte saubere

Rheinweinflaschen

(dunkelbraun oder dunkelblau) jedes Quantum sofort zu kaufen gesucht.

Gottlieb Eger, Winkel a. Rh.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Ein Weinbergarbeiter

zum Bauen von 205 Ruten Weinberg in Oestricher Gemarkung gesucht.

Näh. durch Jakob Kühn, Gastwirt, Deßlich.

Ein zuverlässiger

Fuhrknecht

mit guten Zeugnissen zu einem Pferd in ein Kahlengeschäft gesucht. Eintritt sofort.

J. Kirchner, Viehtrieb a. Rh., Rathausstraße 34.

Junger Stier

einj. gef., 3. verl. bei R. J. Struppmann, Deßlich.

Himbeerpflanzen

(Superlativ) — 2X tragende — hat abzugeben, das Hundert zu 12 Mark.

Wendlin Rohrmann, Gärtner in Neudorf (Hbg.)

Weinbergsarbeiter

sofort gesucht.

Gottlieb Eger, Winkel a. Rh.

Weinbergspfähle,

Stidell 1,25—2 m lg.,

Baumspähle

2,50—4 m lang

kyanisiert u. imprägniert,

Fach- und Kistenreise

aus Birken- u. Eichenholz

empfehlen

Gg. Jos. Friedrich,

Telephon 70, Deßlich a. Rh.

Ein guter

Küferbaltg

zu verkaufen.

Hotel Schwan, Deßlich.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik. Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.